

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX 135

Bonn, den 20. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1 - 2

Ein Mann des klaren Weges

87

Dr. Dr. Gustav W. Heinemann wird 65 Jahre alt
 Von Johannes Rau, MdL, Nordrhein-Westfalen

3

Ein Schlag ins Gesicht

47

Ein Jahr nach Nagold große Verfehlungen in Esslingen
 Von Werner Buchstaller, MdB

4 - 5

Der 20. Juli und die Kommunisten

78

Geschichtsklitterung ohnegleichen
 Von Helmut Bärwald

6

Beginn des Anfangs

27

Bemerkenswerte Einsicht eines tschechischen Historikers

6

Am Beispiel Rumänien

29

Die Auflockerung im Ostblock

Zur Zeit verantwortlich: Albert Koller

Ein Mann des klaren Weges

Dr. Dr. Gustav W. Heinemann wird 67 Jahre alt
Von Johannes Rau, MdB, Nordrhein-Westfalen

Am zweiten Pfingsttag 1950 sprach im Auditorium Maximum der Marburger Universität ein Redner zum Thema "Politische Verantwortung", von dem der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Bölers den besondern jungen Zuhörer sagte: "Solange dieser Mann Mitglied der Bundesregierung ist, brauchen wir uns um das Schicksal unserer jungen Demokratie nicht zu sorgen."

Wenige Monate später war der Anlaß zur Sorge da, Gustav Heinemann der in Marburg gesprochen hatte, verließ das erste Adenauer-Kabinett, das in einer der wahrlich entscheidendsten Fragen deutscher Nachkriegspolitik nicht informiert, geschweige denn konsultiert worden war, weil der solistisch-autoritäre Stil seines Chefs solche Konsultation genauso wenig für nötig hielt wie eine Revision des kleinsuropäisch-karolingischen Leitbildes, das Konturen annahm, die auch heute nördlich und südlich des Main nicht völlig verbläßt sind.

Der beispiellose Fehlschlag mit dem ein Mitglied der Bundesregierung seinen Platz um der Redlichkeit und der Sachlichkeit deutscher Politik willen verließ, ohne nach Sicherungen und Rückversicherungen zu fragen, ist vierzehn Jahre her ohne glaubwürdige Analogien zu finden. Seit sieben Jahren nun gehört jener Mann, in dem viele ein Beispiel und Vorbild praktizierter politischer Verantwortung sehen, dem Parteivorstand der SPD ebenso an wie dem Vorstand ihrer Bundestagsfraktion, für die er auch in hitzigen Debatten knappe, denkwürdige Reden hielt, deren Essenz gültig bleibt.

Ein wechselvoller Weg? Politische Konversion? Wer den Weg des jetzt 67-jährigen Politikers Heinemann genauer sieht, wird zu anderen Schlüssen kommen. Er lernt einen Menschen kennen, der für viele nicht vor ungefähr Vorbild gewissenhaften politischen Handelns, "nüchternen Klugheit und empfindlichen Verantwortungsbewußtseins" (H. Gollwitzer) geworden ist, "der weder seinen Glauben aus seiner politischen Arbeit ausschließt noch mit ihm schwärmerisch die irdischen Realitäten überspringt, sondern ihn in nüchterner Redlichkeit und Menschlichkeit umsetzt".

Heinemanns politisches Engagement begann in jungen Jahren, als er mit Leuten so unterschiedlichen Lebensweges wie Ernst Lemmer, Viktor Agartz und Wilhelm Röpke in der Abwehr des Kapp-Putschtes tätig war. Die entscheidende Prägung aber bekam sein Weg, als er von 1934 an in führenden und leitenden Funktionen der Bekennenden Kirche zugleich um die Abwehr der Erdmenschlichung der Politik durch Diktatur als auch um die Klarheit und Hörbarkeit der evangelischen, der christlichen Botschaft in unserer Welt bemüht war.

Die stets kritische, aber immer verantwortlich tätige Liebe zur Kirche ist sein erster Antrieb geblieben und hat sich in hohen Ämtern bewährt - sechs Jahre lang als Präses der Synode der EKD, bis heute als Mitglied der rheinischen Kirchenleitung des Rates der EKD. Gerade diese Verbindlichkeit des Glaubens läßt ihn zum leidenschaftlichen Gegner falscher, zweckhafter Verchristlichung des öffentlichen Lebens werden. Christlichkeit als Vorzeichen und Warnzeichen ist ihm ohne Pervertierung der Solidarität des Christen mit der Welt; Glaube soll Standort sein, nicht Schutzgraben. Nie ist das in Deutschen Bundestag klarer geworden als mit jenem Satz Heinemanns in der Nacht des 27. Januar 1948, als er ausrief: "Es geht um die Erkenntnis, daß Christus nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben ist." Von da ergab sich bruchlos "das harte, das unerschütterliche WEIN" zu östlicher Diktatur und westlichen autoritären Staaten ebenso wie alle geduldige Bemühung um Ausgleich, Entspannung und Befriedung in einer willens zerriessenen Welt - in der so viele zu Rettende unter die normalisierenden Räder des Kalten Krieges geraten.

Der Weg Gustav Heinemanns bis heute ist ein klarer Weg, der, Gott sei Dank, in aktiver politischer Verantwortung weitergehen kann in der demokratischen Gemeinschaft der SPD. Die stillen Bemühungen Heinemanns sind vielfältig: in der politischen Strafjustiz wie im Aktivrecht, beim Parteigesetz wie in der Schulfrage, bei vernünftigen innerdeutschen Regelungen gerade hinsichtlich gesamtdeutscher Fragen und bei der Notwendigkeit der Entideologisierung des politischen Lebens. Manchen Gedanken des Godesberger Grundsatzprogramms, dessen Realisierung seine züchternen Leidenschaft ist, hat er 1954 ausgesprochen und zum Teil wörtlich formuliert, als er noch "draußen" stand und vergeblich andere Wege zur Vöckung staatsbürgerlicher Mitverantwortung suchte.

Gustav Heinemann, hinter dessen scheinbarer Kühle sich die Gabe zuverlässigen Freundseins und unpathologischer Bescheidenheit verbirgt, gehört ganz zu uns. Seine Gewissenhaftigkeit sollte uns anstecken, seine Treue zu Gesamtdeutschland sollte sich auch bei uns in kleinen, redlichen Schritten verwirklichen. Seinen Beitrag zur deutschen Nachkriegsgeschichte - auch im Protest des Protestanten und im ökumenischen Engagement, im Weg der Evangelischen Kirche auf die Einheit zu, in der Entwicklung der SPD zur großen, regierungsfähigen Volkspartei - werden Spätere aufschreiben und weiter.

Wir begrüßen uns damit, ihm zu danken und abseits aller Feierlichkeiten, die er nicht mag und die ihn beschämt, nach diesem 27. Juli wieder mit ihm an die Arbeit zu gehen.

+ + +

Ein Schlag ins Gesicht

Ein Jahr nach Bagolá grobe Verfehlungen in Esslingen

Von Werner Buchstaller, MdB

Unmittelbar vor den Parlamentsferien standen die alarmierenden Äußerungen des Wehrbeauftragten über die Bundeswehr und die Sorgen und Nöte der Bundeswehr im Mittelpunkt der Beratungen des Deutschen Bundestages. Der Bundeskanzler und die Sprecher aller drei Bundestagsfraktionen bekundeten sich dabei geschlossen und entschlossen zum Leitbild des Wehrbürgers in Uniform und unterstrichen umstandslos die Notwendigkeit der strikten Anwendung der Grundsätze der inneren Führung in allen Werten und in allen Bereichen der Bundeswehr.

Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel sah sich veranlaßt, nach dem darauf hinzuweisen, daß Verstöße gegen die Grundsätze der inneren Führung einer Befehlsverweigerung gleichkommen. Der Verteidigungsminister ließ den Bundestag sofort mit der Überprüfung des Jahresberichts des Wehrbeauftragten und wird sich auch während der Sommerpause im Parlaments mit den damit aufgeworfenen Problemen auseinandersetzen und damit deutlich, daß die Verantwortung für den Geist und die Wehrkraft der Bundeswehr nicht ernst genug genommen werden darf.

Nach all den Bemühungen und Anstrengungen und den vielen Beispielen eines Willens sind die Ereignisse bei der Fernmelde-Ausbildungsschule in Esslingen, die der 20-jährige Rekrut Reigol mit dem linken Revolver schloß, ein Schlag ins Gesicht all der politischen und militärischen Kräfte, die unerbittlich um eine klare Integration der bewaffneten Kräfte in unseren demokratischen Staat bemüht sind. Was in Esslingen geschah hat auch all den zurückliegenden Vorkommnissen, die die Bundeswehr nicht zur Ruhe kommen ließen, eine glatte Provokation.

Der neue Fall Esslingen sei nicht durch irgendwelche Fehler in der Ausbildung verursacht worden, es handele sich hier um menschliches Versagen, stieß von Hassel fest. Die Frage, wer versagt habe, muß noch beantwortet werden.

Der Wille des Parlaments ist geschlossen und eindeutig. Er liegt dem verantwortlichen Minister und den ihm untergeordneten militärischen und ministeriellen Führungskräften, diesen Willen und das Wohlwollen des Parlaments in der Bundeswehr durchzusetzen. Auch wenn das nicht einfach ist, so versagt.

Neuere Deklarationen und gut gemeinte Willensbekundungen reichen nicht. Das Problem ist viel zu ernst, um als Experimentierfeld zu dienen.

Die Grundsätze der inneren Führung sind für eine moderne Armee unserer Zeit und für die Bürger einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung fundamentales Gesetz militärischen Handelns. Sie sind richtig und haben sich bewährt. Sie durchzusetzen - das ist die große Herausforderung, die dem Verteidigungsminister eineinhalb Jahre nach Übernahme dieses Amtes gestellt ist. Es ist zu hoffen, daß er das weiß.

Der 20. Juli und die Kommunisten

Geschichtsklitterung obengleichen

Von Helmut Bärwald

- Bei den nachstehenden Ausführungen handelt es sich um Auszüge aus einem Kommentar für den DEUTSCHLANDFUNK.

Die SED hat sich offenbar dazu entschlossen in ihrem Sinne einen größeren Beitrag zum 20. Jahrestag des Aufstandes vom 20. Juli 1944 zu leisten. Bisher spielte dieser Aufstand gegen Hitler und das NS-Regime für die Historiker und Agitatoren der SED nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Entweder wurde den Menschen in der Zone Westdeutschland überhaupt verschwiegen oder die Aufstandsaktionen wurden allenfalls als fehlgeschlagener Versuch einer kleinen Gruppe abgetan, die keinerlei Verbindung zu den Volksmassen hatte. Wohl erschien in Mittelddeutschland in den vergangenen Jahren eine Reihe von pseudowissenschaftlichen Veröffentlichungen über den 20. Juli 1944. Sie enthielten jedoch fast übereinstimmend und immer wiederkehrend den diffamierenden Vorwurf gegen die Bundesrepublik, wir würden hier gerade diejenigen Männer des 20. Juli glorifizieren - so heißt es wörtlich in einer Broschüre aus dem Jahre 1952 - deren reaktionäre Pläne zum Schaden des deutschen Volkes lediglich den Interessen des deutschen und ausländischen Monopolkapitalismus dienen sollten. Von diesen Diskreditierungen, die zunächst meist noch in Broschüren und anderen Publikationen mit geringer Auflage versteckt wurden, führte ein direkter Weg zu den Kampagnen, die jetzt von der SED-Führung anlässlich des 20. Jahrestages des 20. Juli 1944 gestartet wurden.

Einer der wichtigsten Beiträge in der Reihe dieser Propagandaktionen dürfte der abendfüllende Film des sowjetischen "Deutschen Fernsehfunks" "Revolution im Fernsehen" sein, als dessen Autoren W. L. Gess und Karl-Eduard von Schnitzler genannt werden. Es gibt eine Fülle von Anzeichen, daß die Vorlage zu diesem als "Dokumentarfilm" angekündigten Streifen in dem Buch des Russen Danil Kelnikow mit dem Titel "20. Juli 1944 - Legende und Wirklichkeit" zu suchen ist.

All diese Vorgänge spiegeln modellgetreu die Taktik wieder, die die SED-Propaganda in ihren unsachlichen Angriffen gegen die Bundesrepublik seit langer Zeit verfolgt und in der letzten Zeit merklich verschärkt: An wichtigen Positionen unseres Staatswesens stehende Persönlichkeiten werden systematisch diffamiert und diskreditiert, mit dem Ziel, sie dem deutschen Volk und dem Ausland gegenüber schließlich als persona non grata erscheinen zu lassen. Dabei bedienen sich die SED-Propagandisten aller ihnen gemäßen Mittel: Geschichtsfälschung und Geschichtsklitterung sowie das bewußt falsche oder verzerrte Interpretieren von Äußerungen oder Handlungen einzelner Personen oder Personengruppen. Die jüngste kommunistische Kampagne im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 läuft klar erkennbar in zwei Richtungen: Zum einen werden die meisten der am Aufstand unmittelbar oder mittelbar Beteiligten aus dem bürgerlichen, militärischen, kirchlichen, gewerkschaftlichen oder sozialdemokratischen Lager - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen - als Imperialisten, Militaristen, Kapitalisten oder gar als Verräter bezeichnet. Diese Menschen hätten Hitler zwar stürzen oder töten, das Regime in seinen wesentlichen Grundzügen jedoch erhalten wollen. Zum anderen versuchen die kommunistischen Historiker und Propagandisten heute, die Kommunisten - oder besser: die kommunistischen

istische Partei Deutschlands - als den eigentlichen und einzig wirksamen Träger des Widerstandes gegen das NS-Regime darzustellen.

Wer sich ernsthaft und objektiv mit der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler und gegen den Nazismus beschäftigt wird nicht in Anrede stellen können, daß Tausende gutgläubiger, aufrechter Komunisten in den mannigfaltigsten Formen an diesem Widerstand beteiligt waren. Unzählige kamen in die Konzentrationslager und Zuchthäuser und viele Hunderte zahlten mit ihrem Leben. Auf einem anderen, und keinesfalls rühmlichen Blatt steht die Rolle ihrer Partei, der KPD. Die Politik der deutschen Kommunistischen Partei in der Zeit der Illegalität war von Stalin und seinen deutschen Satrapen geprägt. Ihr Antifaschismus wurzelte nicht in der grundsätzlichen Ablehnung jedes totalitären Systems, sondern in starker Maße in den Streben nach Macht um jeden Preis. Aus dieser Einstellung der KPD Führung entwickelten sich Opportunismus, Verwirrung, Unsicherheit und Mißtrauen sowohl unter den engagierten als auch unter den in Deutschland verbliebenen Kommunisten. Walter Ulbricht indes feierte lautlos den Stalin-Hitler-Pakt des Jahres 1939 und sah ruhig zu wie deutsche Kommunisten der Gestapo ausgeliefert und kommunistische Widerstandsgruppen von Gestapo-Spitzeln infiltriert wurden. Von der hinlänglich bewiesenen Zusammenarbeit der KPD mit den Nationalsozialisten vor 1933, mit dem Ziel, die Weimarer Republik zu vernichten ist zum Stalin-Hitler-Pakt und dessen Unterstützung durch die KPD-Führung geht ein direkter Weg.

Die Geschichtsklitterung der SED zu widerlegen wird Aufgabe unserer Historiker sein. Wir sollten uns aber entschieden dagegen verwehren daß das Gedemken an die Märtyrer und Frauen des deutschen Widerstandes aus welchen Kreisen sie auch kommen mochten und aus welchen Motiven sie auch gehandelt haben, durch eine böswillige Zweckpropaganda aus Berlin beschmutzt wird.

Beginn des Anfalls

sp - NS gehe darum, alles zu vermeiden, was in Fragen der jüngsten deutschen Geschichte antideutsche Gefühle begründen könnte. Dieser bemerkenswerte Satz fiel bei einer von der Evangelischen Akademie in Berlin veranstalteten Diskussion über den 20. Juli, und der ihn sprach war der tschechische Historiker Antony Snejdarek. Die tschechischen Historiker wähen sich des Unterschieds zwischen dem deutschen Volk und des Hitlerfaschismus bewußt, aber die hätten Schwierigkeiten bei der Erarbeitung einwandfreier wissenschaftlicher Interpretationen. Weil sie oft Fragen der praktischen Politik in der Gegenwart berühren, dieses offene Eingeständnis beleuchtet die heikle Stellung der sich um Objektivität und Wahrheitsforschung bemühenen Historiker in den Ostblockstaaten. Ihre Erkenntnisse stehen in krassem Gegensatz zu dem von ihren Regierungen gepflegten und verzerrten Deutschlandbild. Der objektive Historiker weiß es besser, aber er hat nicht die Möglichkeit, damit das Deutschlandbild zu beeinflussen. Immerhin, schon das Wissen um Wahrheit ist ein Wort an sich. Kommt einst die von solchen Historikern wie Snejdarek geschulte junge Generation zum Zuge, dürfte er erste große Brückenschlag zur Überwindung schrecklicher Vorgangendit getan sein.

Am Beispiel Rumänien

Die Auflockerung im Ostblock

Dr. H.G. - Es schwelt weiter im Ostblock. Einen erneuten Beweis dafür lieferte jüngst der rumänische Staats- und Parteichef Gheorghiu-dej, als er sich für das Recht der Völker aussprach, über ihre Geschicke selbst zu entscheiden. Eine sehr lobenswerte Forderung, die man nur unterstützen kann. Daß sie jedoch dem herkömmlichen Sinne nicht entspricht, beweist die Tatsache, daß auch die rumänische KP die persönliche Freiheit an die Kette legt. Wenn Gheorghiu-dej dennoch von Selbstbestimmung spricht, so nicht etwa, um in seinem Land das Banner der politischen Entscheidungsfreiheit auf Sieg zu setzen, sondern um die Selbständigkeitsbestrebungen Rumäniens gegenüber der Sowjetunion zu begründen und zu rechtfertigen.

Dieser Vorgang hat viele historische Parallelen. In der Vergangenheit wurden viele Kriege um die Freiheit der Nation, also um ihre nationale Selbstbestimmung ausgefochten, obwohl in den beteiligten Staaten selbst die Prinzipien der absolutistischen Obrigkeit die Maßstäbe für das Regieren setzten. Gemeint war die Freiheit des eigenen Staates gegenüber anderer Staaten und nicht die des einzelnen Staatsbürgers. Es ist interessant, daß im Ostblock die Besinnung auf diesen geschichtlichen Tatbestand immer weiter um sich greift. Die Väter des Kommunismus hätten es sich nicht träumen lassen, daß kommunistische Regierungen einmal ihre Politik absolutistisch-monarchistischer Kabinette orientieren würden.

Der rumänische Staatschef weiß natürlich genau, daß der Krenl seine wahren Absichten durchschaut. In früheren Zeiten hätte sich dieses taktische Planspiel zu einem Ernstfall für die jeweilige kommunistische Partei und Regierung ausgeweitet, dessen Folgen "Säuberungsaktionen" oder Ähnliches gewesen wären. Wenn auf Grund des Konfliktes zwischen Moskau und Peking diese Gefahr zur Zeit weitgehend gebannt ist, so gibt es dennoch für Bukarest genügend Gründe, Moskau zu beschwichtigen. Den besten Weg erblicken die Rumänen offensichtlich in der Legalisierung ihrer Selbständigkeitsbestrebungen. In diesem Lichte muß die kürzlich bekanntgewordene Erklärung des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Rumäniens, Gheorghe Apostol, betrachtet werden. Ihm zufolge bestehen zwar gegenüber der Sowjetunion Meinungsverschiedenheiten, dies sei jedoch völlig normal und habe mit Streitigkeiten nichts zu tun.

Ein derartiger Ausspruch wäre in der Ära Stalins nahezu unvorstellbar gewesen. Es geht hier nicht um den Nachweis, daß Chruschtschow von Natur aus liberaler ist als seine Vorgänger. Vielmehr handelt es sich um den Versuch, zu zeigen, daß sich im Ostblock eine politische Kettenreaktion entwickelt. Wir wären als Deutsche schlecht beraten, würden wir diesem Sachverhalt nicht genügend Aufmerksamkeit schenken. Dennoch ist es ein Irrtum großen Ausmaßes, zu glauben, daß er in der Gegenwart einen Ansatzpunkt für die Erweiterung des Spielraumes im Hinblick auf die deutsche Frage bewirken könnte. Und es wäre naiv, die Sache der Wiedervereinigung auf die Karte der Spaltung des kommunistischen Lagers zu setzen. Ob sie eines Tages vielleicht doch einmal zu einem Trumpf wird, der uns kostbare Punkte bringt, hängt nicht zuletzt vom gemeinsamen und planvollen Spiel des Westens ab.